

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## Mit dem «Allerweltpostulat» ist die Regierung im Rückstand

Die VU-Fraktion forderte im Sommer 1989 eine Antwort der Regierung über die «langfristige Ausrichtung der Politik» bis Ende 1990

(G.M.) – Mit der Antwort auf das von der VU-Fraktion im Sommer 1989 eingereichte «Allerweltpostulat» befindet sich die Regierung, wie Regierungschef Hans Brunhart im Landtag bestätigen musste, zeitlich im Rückstand. Bei der Eingabe des Postulates über die «Erstellung eines Konzeptes für die langfristige Ausrichtung der liechtensteinischen Politik in allen wichtigen Bereichen» forderte die VU-Fraktion eine Antwort der Regierung in Form eines Berichtes bis Ende 1990. Nach Angaben des Regierungschefs sollte es möglich sein, den geforderten Bericht im Verlaufe des ersten Halbjahres 1992 vorzulegen – immerhin einhalb Jahre Verspätung.

Das «Allerweltpostulat», wie es der FBP-Abgeordnete Dr. Ernst Walch bezeichnete, soll nach Auffassung der VU-Fraktion ein Konzept nach sich ziehen, das «alle wichtigen Bereiche wie Gesellschaft, Bevölkerung, Aussenbeziehungen, Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Verkehr, Raumplanung, Umweltschutz, Landwirtschaft etc.» einbeziehen soll. Wichtig erscheint in diesem Zusammenhang das angefügte «etc.», denn damit erhält dieses «Allerweltpostulat» erst den allumfassenden Charakter, zumal nach Auffassung der VU-Fraktion «der Blick für das Ganze verloren» gegangen ist. Nach über einem Dutzend Jahren der VU-Politik erscheint der VU, wie sie in der Begründung zum Postulat anführt, notwendig zu sein, «rechtzeitig die Weichen zu stellen und die Gestaltung der Zukunft, basierend auf klaren Vorstellungen und Konzepten, anzugehen.» Was bisher nicht geschehen ist, soll nun endlich in die Tat umgesetzt werden.

### Vorarbeiten gemacht

Allerdings sind die zeitlichen Vorstellungen, die mit dem Postulat verbunden waren, inzwischen reichlich in die Länge gedehnt worden. Regierungschef Hans Brunhart vertröstete den VU-Fraktions-sprecher an der letzten Landtagssitzung auf das kommende Jahr, obwohl die VU-Fraktion bei der Eingabe des Postulates noch gefordert hatte, die Regierung sollte ihren Bericht bis Ende 1990 vorlegen. Aber einige Vorarbeiten sind, wie der Regierungschef in seiner kurzen Erklärung darlegte, dennoch gemacht worden. Konkret nannte er die «Analyse ausländischer Modelle solcher Konzepte» sowie «Kontakte mit entsprechenden Institutionen und Experten», ohne Umfang oder Intensität dieser Vorarbeiten zu umschreiben.

Konkreter wurde er bei den zeitlichen Umschreibungen, die freilich angesichts der üblichen Verzögerungen nicht ganz zum Nennwert zu nehmen sind: Noch im Laufe des Monats Oktober werde sich die Regierung mit der Projektbeschreibung und Projektfestlegung befassen. Weil die Regierung diese Absicht hat und der VU-Fraktionssprecher genau anfangs Oktober nach dem Verbleib des «Allerweltpostulates» fragte, drängt sich der Verdacht auf, dass hier eine konzertierte Aktion im Spiele sein könnte. Zumindest könnte die Frage gestellt werden, warum VU-Fraktionssprecher Reinhard Walsler erst bei Arbeitsbeginn der Regierung anfragte und nicht beispielsweise beim ersten oder auch erst beim zweiten Geburtstag des Postulates in der Schublade.

### Ein Zukunftsmodell?

Die relativ lange Schubladisierungphase wird voraussichtlich die Regierung auch dazu zwingen, bereits an der Fragestellung gewisse Änderungen vorzunehmen. In der Begründung war noch die Rede von der «schnell wachsenden Anzahl von Arbeitsstellen», von der «stark

überhitzten Baukonjunktur», von der «Schwierigkeit einzelner Wirtschaftszweige, geeignetes Personal zu bekommen» - alles Aussagen, die einer Korrektur bedürfen, nachdem die international wirksame Konjunkturabschwächung auch die liechtensteinische Wirtschaft erfasste.

Dennoch wird nicht uninteressant sein, welches «für unser Land ausgerichtetes Zukunftsmodell» die Regierung schliesslich entwickeln wird, zumal die VU-Fraktion recht anspruchsvolle Vorgaben machte: «Dieses Leitbild soll alle wichtigen Bereiche der liechtensteinischen Politik erfassen, die Zusammenhänge aufzeigen und entsprechende Massnahmen vorschlagen. So sind in diesem Zusammenhang insbesondere Zielvorstellungen in bezug auf die Entwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft, die Beziehungen zu anderen Staaten und internationalen Organisationen, Arbeitsmarkt, Bevölkerung (unter Berücksichtigung des ausländischen Bevölkerungsanteils), Raumplanung, Umweltschutz, Verkehr etc. zu entwickeln.» Auch hier wieder das «etc.» - wohl um weiteren Gestaltungsraum für die Regierung offen zu lassen.

Der Landtag ging, als das «Allerweltpostulat» zur Überweisung an die Regierung anstand, recht gnädig mit dieser Anspruchshaltung um. Lediglich der FBP-Abgeordnete Dr. Ernst Walch vermisste einen «bestimmten Gegenstand», der bei einem Postulat eigentlich im Mittelpunkt stehen sollte und bedauerte die Regierung, die wohl Schwierigkeiten haben könnte mit der Frage, «wo anzufangen und wo aufzuhören.»

Ausgehend von sonst üblichen Regierungsberichten auf Postulate, die teilweise bis zu 100 Seiten aufweisen, gab er zu bedenken, dass der Bericht auf den von ihm «Allerweltpostulat» genannten Vorstoss vielleicht 1000 bis 10 000 Seiten haben könnte. Allerdings war auch er der Auffassung, dass man sich «über die Zukunft ernsthafte Gedanken» machen müsse. Damit stellte er die Übereinstimmung mit der VU-Fraktion her, die davon gesprochen hatte, dass aufgrund «unzähliger Einzelentscheide» der «Blick für das Ganze verloren» gegangen sei, so dass sich eine rechtzeitige Weichenstellung mit «klaren Vorstellungen» aufdränge.

## Das Gewerbe blickt auf Vollbeschäftigung zurück

55. Jahresbericht der Gewerbe- und Wirtschaftskammer – Jahresversammlung mit Schwerpunkt EWR

(G.M.) – Das liechtensteinische Gewerbe blickt mit Zufriedenheit über die Wirtschaftssituation auf das abgelaufene Verbandsjahr zurück. Gestern erschien der 55. Jahresbericht der Gewerbe- und Wirtschaftskammer für das Fürstentum Liechtenstein. An der auf den 21. Oktober anberaumten Jahresversammlung des Gewerbes wird der Europäische Wirtschaftsraum (EWR) im Mittelpunkt stehen. Bekanntlich hat die Gewerbe- und Wirtschaftskammer eine Volksinitiative zur Einführung des Staatsvertragsreferendums lanciert, damit das Volk bei einem allfälligen EWR-Abkommen mitentscheiden kann.

«Im Berichtsjahr 1990/91 bestand im liechtensteinischen Gewerbe in allen Sparten Vollbeschäftigung.» Mit diesen Worten kennzeichnet die Gewerbe- und Wirtschaftskammer in ihrem Jahresbericht die allgemeine Wirtschaftslage, die sich im laufenden Verbandsjahr mit einer leichten Abschwächung darstellen wird. Der Jahresbericht konzentriert sich auf die drei Bereiche Baugewerbe, Detailhandel und Gastgewerbe.

### Hohes Bauvolumen

Mit 767 000 Kubikmeter umbauten Raum erreichten die Baubewilligungen im Berichtsjahr nach Angaben der Gewerbe- und Wirtschaftskammer annähernd die Spitze des Jahres 1973. Die verstärkte Bautätigkeit wird von der Gewerbe- und Wirtschaftskammer zu einem Teil auch auf erwartete Preissteigerungen zurückgeführt: «Aufgrund dieser Erwartungen werden oft Bauvorhaben früher realisiert. Kursverluste auf Aktien bei Kapitalanlagen wie auch die beschleunigten Preisauftriebe der letzten Jahre führten zur Flucht in Sachwerte.» Bereits im laufenden Jahr jedoch erwartet die Gewerbe- und Wirtschaftskammer eine «Kehrtwende». Die Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen mit hohen Zinskosten und der Stop des Preisbooms auf dem Liegenschaftsmarkt bringt gemäss der Darstellung der Gewerbe- und Wirtschaftskammer nicht mehr die erwünschte Rendite: «Kapitalinvestitionen in beispielsweise Festgeldanlagen bringen nahezu den doppelten Ertrag. Die Diskussionen um und für den Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dessen unbe-

kannten Auswirkungen verursachen ebenso eine Zurückhaltung in Liegenschaftsinvestitionen.»

### Kampf des Detailhandels und des Gastgewerbes

Nach Angaben der Gewerbe- und Wirtschaftskammer kämpfte das Gastgewerbe im letzten Jahr, bedingt durch politische Probleme in verschiedenen Weltregionen, um Gästeankünfte und Logiernächte, der Detailhandel, insbesondere der Lebensmittelsektor, «kämpft unverändert um seine Existenz.» Stark betroffen ist nach diesen Angaben das Unterland, nachdem sich der Trend fortsetzte, dass sich Grossvertrieber an den Landesgrenzen niederliessen: «Dem liechtensteinischen Detailhandel sind bezüglich Kapazitätserweiterung und Ausdehnung, bedingt durch die engen Verhältnisse unseres politischen Raumes, Grenzen gesetzt.

Ein verstärktes wirtschaftlich nationales Denken und Zusammenhalten könnte viele Betriebschliessungen vermeiden und dem Detailhandel Betriebsverweigerung ermöglichen.»

## Im nächsten Jahr 21 Briefmarken

Im nächsten Jahr wird es im Fürstentum Liechtenstein 21 neue Briefmarken geben. Die Postwertzeichenstelle hat dieser Tage das Ausgabeprogramm für 1992 veröffentlicht. Im Mittelpunkt des Briefmarkenjahres wird die liechtensteinische Briefmarkenausstellung (LIBA '92) stehen. Aus diesem Anlass werden zwei Sonderbriefmarken im Block herausgegeben: Einmal zur Silberhochzeit von Fürst Hans-Adam II. und Fürstin Marie, zum anderen das Allianzwapen Liechtenstein-Kinsky.

Die erste Ausgabe erfolgt am 2. März mit zwei Europa-Marken zur Entdeckung Amerikas vor 500 Jahren, drei Sondermarken zu den Olympischen Sommerspielen in Barcelona sowie mit einem Ergänzungswert zur Dauerserie «Berge».

Am 1. Juni wird der Sonderblock «LIBA '92» mit den Sonderbriefmarken zur silbernen Hochzeit des Fürstenpaares herausgegeben sowie eine Serie mit vier Werten zum Thema «Botschaften».

Im Herbst, am 7. September, gibt es eine Ausgabe zum Thema «Farne» mit vier Wertstufen sowie eine Sondermarke zur Entstehung der Grafschaft Vaduz 1342.

Die vierte und letzte Briefmarkenausgabe mit «Weihnachten 1992» (drei Wertstufen) folgt am 7. Dezember. An diesem Tag wird auch eine Dauermarke mit dem Bildnis von «Erbprinz Alois von Liechtenstein» herausgegeben.

Insgesamt umfasst das Briefmarken-Programm 1992 einen Sonderblock (mit dem Fürstenpaar), 8 verschiedene Serien mit 21 Briefmarken. Der Nominalwert der gesamten Ausgabe 1992 beläuft sich auf 24.70 Fr.

## EG-Verhandlungen über Jugoslawien

Den Haag (AP) Der Versuch, in Jugoslawien Frieden zu schaffen, ist am Donnerstag unter der Schirmherrschaft der EG in Den Haag in die zweite Runde innerhalb einer Woche gegangen. Der kroatische Präsident Franjo Tudjman, sein serbischer Gegenspieler Slobodan Milosevic und der jugoslawische Verteidigungsminister Veljko Kadijevic verhandelten miteinander im Aussenministerium in Den Haag.

## Die 49. OLMA wurde gestern in St. Gallen offiziell eröffnet

Bundesrat Koller äusserte sich zum neuen Bodenrecht – Weniger Landmaschinen ausgestellt – 608 Aussteller – Dauer noch bis zum 20. Oktober

St. Gallen (AP) In St. Gallen ist am Donnerstag die 49. Schweizer Messe für Land- und Milchwirtschaft, die OLMA, eröffnet worden. Bundesrat Arnold Koller strich an der Eröffnungsfeier im St. Galler Stadttheater die grosse Bedeutung des neuen bäuerlichen Bodenrechts für die Existenzsicherung der Schweizer Bauern heraus. Die OLMA zieht jährlich annähernd eine halbe Million Besucher an. Den 608 Ausstellern steht dieses Jahr in Hallen und im Freien eine Fläche von 25 000 Quadratmetern zur Verfügung.

Im Zeichen der europäischen Integration sei eine weitere gezielte Öffnung der Märkte unausweichlich, sagte Koller in seiner Eröffnungsansprache. Dies könne die schweizerische Landwirtschaft jedoch verkraften, wenn sie wisse, wohin die Reise gehe, und wenn die notwendigen Änderungen berechenbar und innert angemessener Frist realisiert würden.

Als «Meilenstein» und als «Devise der Evolution und nicht Revolution» bezeichnete Koller das vor einer Woche verabschiedete Gesetz über das bäuerliche Bodenrecht. Denn das Gesetz festigte den bäuerlichen Grundbesitz und wirkte der

Verunsicherung in der Landwirtschaft entgegen, die durch die Globalisierung der Agrarpolitik im Rahmen des GATT und durch wachsenden Konkurrenzdruck entstanden sei. Spekulanten könnten zudem mit dem Erlass vom Markt für Landwirtschaftsland ferngehalten werden. Dies und die Preisvorschriften für bewirtschaftetes Land würden die Bodenpreise herunterdrücken und somit auch die landwirtschaftlichen Produktionspreise senken.

### OLMA-Agrargespräche

Die zwölf OLMA-Sonderschauen sind überwiegend aktuellen landwirtschaftlichen Themen gewidmet. Zum vierten Mal finden zudem als Rahmenprogramm die OLMA-Agrargespräche statt. Unter dem Generalthema «Multifunktionale Landwirtschaft» werden prominente Agrarpolitiker Fragen des Weinbaus, der ökologischen Landwirtschaft, des weltweiten Agrarhandels und der Zukunft der schweizerischen Landwirtschaft behandeln.

Die Olma dauert noch bis 20. Oktober



Gestern wurde in St. Gallen die 49. Auflage der OLMA eröffnet. Die Messe dauert bis zum 20. Oktober. Im Bild, v.l. Ständeratspräsident Arthur Hänsenberger, Bundesrat Arnold Koller und Olma-Präsident Stadtmann Heinz Christen.

## BRD: Schnellere Asylverfahren

Bonn (AP) Über die Anerkennung von Asylbewerbern in Deutschland soll künftig innerhalb von sechs Wochen entschieden werden, im Grundgesetz soll das Asylrecht aber unverändert bleiben. Darauf einigten sich Union, FDP und SPD- Opposition am Donnerstag in einem Spitzengespräch bei Bundeskanzler Helmut Kohl. Die Union machte anschliessend deutlich, dass sie dennoch unverändert eine Verfassungsänderung anstrebt.

### Exklusive Damenmode!

Ja sicher, aber auch modisch und gute Mode für Sie!

modehaus  
hannalore

Jeden Freitag Abendverkauf bis 20.00 Uhr  
Samstag durchgehend geöffnet  
bis 16.00 Uhr